

„Boostern ist das Gebot der Stunde“

Die Pandemie war diese Woche Thema im Gesundheitsausschuss: „Wir sind inzwischen wieder in einer besorgniserregenden und dramatischen Situation“, teilte Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) im Rahmen eines aktuellen Lageberichts den Abgeordneten mit.

Wegen der weiter deutlich steigenden Corona-Infektionszahlen und vor allem der sich abzeichnenden Vollbelegung der Intensivstationen in den bayerischen Krankenhäusern hat die Staatsregierung die Schutzmaßnahmen wieder verschärft. Wegen der historisch hohen Fallzahlen stehe das Gesundheitssystem „kurz vor der Überlastung“, erklärte Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) im Ausschuss. Ärzte und Pfleger in den Kliniken seien „am Limit“ und würden schon jetzt „Übermenschliches“ leisten.

Nachdem zu Beginn der Woche die schon im September von der Staatsregierung beschlossene Krankenhaus-Ampel auf Rot gesprungen war, weil bayernweit mehr als 600 Covid-19-Patient*innen auf Intensivstationen behan-

delt werden mussten, passte der Ministerrat nach Auskunft Holetscheks die Maßnahmen auf seiner jüngsten Sitzung weiter an. „Wir sind mitten in der Wucht der vierten Welle und von einem Freedom Day meilenweit entfernt“, schilderte er aus seiner Sicht den Ernst der Lage. Die Sieben-Tage-Inzidenz erreiche täglich neue Rekordwerte, die Zahl der intensivmedizinisch Betreuten – laut Holetschek zu rund 90 Prozent ungeimpft – steige von Woche zu Woche um mehr als 30 Prozent.

Kernpunkt der von Holetschek vorgestellten Maßnahmen ist die Verschärfung zahlreicher Zugangsregeln. So dürfen bis auf Weiteres nur Geimpfte und Genesene öffentliche Veranstaltungen und Freizeiteinrichtungen besuchen (2G). In der Gastronomie und Ho-

tellerie sind zusätzlich PCR-Getestete zugelassen (3G plus). Die Einhaltung dieser Regeln soll ab sofort strenger überwacht werden, auch durch die Polizei. Dies gelte sowohl für die Aufdeckung gefälschter Zertifikate als auch für die Kontrolle der Zugangsregeln durch Gastronomen und Veranstalter, betonte Holetschek. Bußgelder sollen demnach sofort eingezogen werden. Wirten und Veranstaltern drohe bei wiederholten Verstößen die vorübergehende Schließung ihrer Einrichtung.

An den Schulen soll die nach den Herbstferien wieder eingeführte Maskenpflicht auch im Unterricht über die kommende Woche hinaus gültig bleiben. Präzisiert wurden laut Holetschek die Regelungen für Jugendliche ab zwölf Jahren. Diese können vorläufig noch bis zum Jahresende im Sportverein oder in Musik- und Theatergruppen aktiv sein, auch wenn sie weder geimpft noch genesen sind. Bis zum 31. Dezember sollten sie aber einen Impfschutz aufbauen, wie das von der Ständigen Impfkommission empfohlen

werde, erläuterte Holetschek. Ziel sei es, die Jugendlichen nicht vom sozialen Leben in Vereinen oder Kulturgruppen auszuschließen. Ungeachtet dessen unterlägen Jugendliche zwischen zwölf und 18 wie Erwachsene auch der 2G-Regel bei Besuchen von Stadien, Clubs, Konzerten, Theatern oder Kinos. Von allen Regeln befreit seien nur jüngere Schulkinder, die regelmäßig an den Schulen getestet werden und sich noch nicht impfen lassen können.

FDP will wissen, ob die Maßnahmen wirken

Ergänzend hat der Ministerrat beschlossen, die Testzentren bis mindestens 31. März 2022 offen zu halten und die 81 derzeit im Standby-Betrieb liegenden Impfzentren wieder hochzufahren. Ziel seien bis zu 400 Impfungen pro Tag und 100 000 Einwohner, sagte Holetschek. Es gehe in der momentanen Lage darum, mehr Menschen zum Impfen zu bewegen und bereits

Geimpften nach sechs Monaten eine Auffrischungsimpfung anzubieten. Mit einer hohen Quote an Erst- und Booster-Impfungen sei es in Israel gelungen, die vierte Welle zu brechen. „Boostern ist das Gebot der Stunde“, betonte Holetschek. Dafür werde es in Bayern weder eine Priorisierung bestimmter Gruppen noch Alterseinschränkungen geben.

In der Aussprache warnte Andreas Winhart (AfD) davor, alleine auf das Impfen zu setzen. Es gehe auch darum, die Eigenverantwortung der Menschen zu betonen und Hygieneregeln zu beachten. Winhart setzte unabhängig davon auf eine baldige Zulassung sogenannter Totimpfstoffe auf der Basis abgetöteter Coronaviren. Diese könnten für Personen eine Alternative sein, die Bedenken gegenüber den neuartigen mRNA-Impfstoffen hätten. Ein deutlich früheres Eingreifen der Staatsregierung angesichts absehbar exponentiell steigender Fallzahlen hätte sich Ruth Waldmann (SPD) gewünscht. Durch die zögerliche Haltung sei die „Krankenhaus-Ampel“ prak-

tisch direkt von Grün auf Rot umgesprungen. Deshalb fehlten nun Handlungspuffer. Waldmann begrüßte die Reaktivierung der Impfzentren, forderte aber eine enge Koordination mit der Impfkampagne durch Hausärzte.

Andreas Krahl (Grüne) wertete die Ankündigung Holetscheks als positiv, dass die Staatsregierung – wie inzwischen erfolgt – erneut den Katastrophenfall für Bayern ausrufen wolle, um die Unterbringung von Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern überregional steuern zu können. Auch hier werde aber eigentlich schon zu spät reagiert, weil benötigte Notkapazitäten nicht vorgehalten worden seien. Krahls Kollegin Kerstin Cella bezweifelte, ob angesichts der hohen Fallzahlen die nötige Kontaktverfolgung bei Infizierten überhaupt noch erfolgen könne. Der FDP-Abgeordnete Dominik Spitzer forderte von Holetschek eine klare Datengrundlage, um Angemessenheit und Wirkung der angeordneten Maßnahmen beurteilen zu können. Hier gebe es noch immer Defizite. > JÜRGEN UMLAUFT